

## Nutzt verschiedene Quellen!

Wer tagtäglich wie ich eine staatlich subventionierte Tageszeitung liest, bekommt schnell den Eindruck, wir leben in einer heilen Welt.

Beim Konsumieren anderer Medien bekommt man ganz andere Eindrücke.

Dazu einige Beispiele auf den nachfolgenden Seiten:

Die Bayrische Staatszeitung BSZ:

- 28.04.23: Heizungstausch – Lauterbachs beschränkte Sicht
- 28.07.23: Klinikreform – konfuser geht's nimmer
- 25.08.23: Werbeverbot für ungesunde – Stoppt das betreute Denken!

Die Junge Freiheit

Bezugsquelle: <https://jungefreiheit.de/service/abonnement/>

- 01.09.23: Der Verdacht als Kampagne

Die Deutsche Bauzeitung

- 01.09.23: Ein neues Bürokratiemonster trampelt auf die Bauwirtschaft zu
- 01.09.23: 400 zusätzliche Büros fürs Kanzleramt trotz Homeoffice

Das Buch: Durchs irre Germanistan: Notizen aus der Ampel-Republik von Henryk M. Broder (Autor), Reinhard Mohr (Autor)

Bezugsquelle: <https://www.amazon.de/Durchs-irre-Germanistan-Notizen-Ampel-Republik/dp/3958905935>

- Moralische Weltspitze, aber voller Illusionen – ein Sittenbild der bunten deutschen Republik

Mir scheint es wichtig, dass man sich aus verschiedenen Quellen umfassend informiert und sich dann seine eigenen Gedanken macht.

Karl Braun, Haiterbach

## HEIZUNGSTAUSCH

### Lauterbachs beschränkte Sicht

EIN KOMMENTAR VON RALPH SCHWEINFURTH

Nach den Plänen der Ampel sollen ab 2024 neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) fordert nun großzügige Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen. Grund: Steigende Energie- und Heizkosten sollen Kliniken nicht in ihrer Existenz gefährden.

Und der Rest der Bevölkerung? Der wird in die Verschuldung getrieben angesichts der rund 60 000 Euro, die eine von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) favorisierte Wärmepumpe kostet. Um soziale Härten zu vermeiden, können Betroffene beim Heizungstausch maximal 40 Prozent Förderung ergattern – 30 Prozent Grundförderung plus 10 Prozent aus einem der drei Bausteine der Klima-Bonusförderung. Dann sind aber immer noch rund 36 000 Euro fällig. Wer hat die schon mal eben so in der Tasche angesichts galoppierender Inflation?

Lauterbach hat mit seiner Forderung nach Ausnahmen schon den richtigen Nerv getroffen. Er sieht die finanzielle Überforderung. Diese beschränkt sich aber nicht nur auf den Gesundheitssektor. Klimaschutz und die damit einhergehende Transformation hin zu regenerativen Energieträgern muss bezahlbar sein. Es ist ja nicht nur der Heizungstausch, der enorm ins Geld geht. Auch die Spritpreise werden wegen der CO<sub>2</sub>-Abgabe, die aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine und der damit verbundenen Explosion der Energiepreise ausgesetzt wurde, weiter steigen. Wie sollen Normalverdienende mit einem monatli-

Indem sie möglichst immobil sind, also nicht in den Urlaub fahren oder fliegen, keine Wochenendausflüge mit dem Auto mehr unternehmen und auch kein Fleisch mehr essen? Das alles reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und spart Geld. Immer mehr Menschen argwöhnen, dass dies die klandestine Agenda der Ampel ist. Das wirkt sich bereits auf das Stimmungsbild in Deutschland aus. Die Grünen sind laut einer aktuellen Umfrage in der Wähler\*innengunst bereits zurückgefallen – und liegen nun hinter der AfD.

## KLINIKREFORM

## Konfuser geht's nimmer

EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ PAUL

Wer sich auf die Äußerungen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu dessen eigener Klinikreform verlässt, der ist im wahrsten Sinn des Wortes verlassen. Mit widersprüchlicher Rhetorik trägt der Ressortchef zur Verwirrung bei. Im Juni warnte er in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung vor einem „Kliniksterben“ – um dann im Juli im Gespräch mit dem *Deutschlandfunk* die Schließung vieler kleiner städtischer Krankenhäuser zu fordern. Konfuser und unausgegorener geht's nimmer. Klare Parameter und Faktoren für Erhalt oder Nichterhalt der Krankenhäuser. Fehlanzeige. Stattdessen viel emotionale Rhetorik. Aber schon bei Corona gefiel sich Lauterbach ja vor allem in der Rolle der Drama-Queen.

Über die Sinnhaftigkeit der Krankenhausreform kann man diskutieren. Aber die Kommunikation darüber ist mal wieder typisch für die Ampel. Wie schon beim Heizungsgesetz oder derzeit bei Agrarminister Özdemir's Feldzug gegen „ungesunde“ Lebensmittel gilt: erst überambitioniert und rechthaberisch starten, dann Verunsicherung schüren mit unpräzisen Andeutungen, nach öffentlichem Protest teilweise wieder zurückrudern und die Schuld für das angerichtete Chaos am Ende bei der angeblich „populistischen“ politischen Konkurrenz sowie bei der „missverständlich darstellenden“ Presse abladen.

Die Kommunen sind derweil die Leidtragenden. In all ihren Krankenhäusern fehlt es massiv an Personal. Als Arbeitsplatz sind diese häufig auf Kante genähten Häuser ohnehin für viele junge Mediziner\*innen und Pflegekräfte nicht so attraktiv wie die meist deutlich besser ausgestatteten Unikliniken. Wie also einen Oberarzt oder eine Stationsleiterin für die freie Stelle gewinnen, wenn nicht mal klar ist, ob es eben diese kommunale Klinik nach der Lauterbach'schen Reform überhaupt noch geben wird? Die Leute werden sich hüten, ein Jobangebot anzunehmen, wenn sie in nicht allzu ferner Zukunft vom jeweiligen Standort wieder wegziehen müssen.

Statt den Notstand in den Kliniken endlich zu beheben, verstärkt ihn der Minister noch. Aber vielleicht weiß Lauterbach selbst noch nicht so genau, was er eigentlich will.

Vi

I

Bis

I  
au  
ch  
ha  
Brde  
EX  
He  
De  
wi  
sig  
die



GEGRÜNDET 1912

UNABHÄNGIGE V

Freitag, 25. August 2023 | Nr. 34

## WERBEVERBOT FÜR UNGESUNDES

### Stoppt das betreute Denken!

EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ PAUL

Deutschland, schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*, ist wirtschaftlich „nicht nur der kranke Mann Europas, sondern der kranke Mann der Welt“. Die Inflation explodiert, Firmen wandern ab oder gehen pleite. Doch statt Industrie und Mittelstand endlich unter die Arme zu greifen, macht die Ampel mit ihrem Standardprogramm weiter: gängeln, bürokratisieren, verbieten.

Jetzt ist Ernährungsminister Cem Özdemir an der Reihe. Er will Werbung für ungesunde Nahrungsmittel in Fernsehsendungen und anderen Medien mit der Zielgruppe Unter-14-Jährige verbieten. Ein krasser Eingriff in Unternehmensrechte. „Wer nicht wirbt, stirbt“ – Betriebswirtschaftslehre erstes Semester.

Gewiss, das Ganze steht im Koalitionsvertrag. Insofern ist es schon schräg, wenn den Abgeordneten der FDP erst jetzt einfällt, dass ihr politisches Konzept von Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und persönlicher Freiheit nicht zusammenpasst mit dem Nanny-Staat-Denken der Grünen. Und sie nun mit Özdemir – sowie zig Gesundheitsverbänden – im Clinch liegen.

Aber wer mit dem Auto falsch abgebogen ist, riskiert ja auch lieber ein Wendemanöver, als weiter auf den Abgrund zuzufahren. Ohnehin ist es weltfremd, zu glauben, dass Jugendliche künftig keine Cheeseburger, Chips und Limonade mehr konsumieren, wenn in deutschsprachigen Medien von in Deutschland ansässigen Firmen nicht mehr dafür geworben werden darf. Im Netz greifen Kids auf Websites aus aller Welt zu.

Handlungsbedarf besteht sicher. Das vierte Quartal 2022 war für McDonald's, den Inbegriff ungesunden Essens, das zweiterfolgreichste der Firmengeschichte. Aber dass in Supermärkten zum Beispiel Wurst zumeist billiger ist als die entsprechende Menge frisches Obst, ist auch nicht hilfreich. Doch hier anzusetzen, wäre für den Staat weitaus schwieriger als ein – für ihn kostenloses – Werbeverbot für Junkfood.

Möglich und sinnvoll wäre, das Essensangebot im öffentlichen Zuständigkeitsbereich zu ändern. Beispielsweise in Schulen und Kitas. Da gibt es mittags nach wie vor massenhaft weiße Nudeln, ist halt günstiger. Dass anno 2023 auf Pausenhöfen tatsächlich noch Butterbrezen und Leberkäsemmeln statt Gemüsewraps und Obstsalat angeboten werden, ist wirklich ein Unding.

D

I

Fi

Te

La

rii

fei

we

de

kr

me

mi

Ab

Ak

ber

err

Lai

sec

ah

# Der Verdacht als Kampagne

Der „Süddeutschen“ fliegt ihre Berichterstattung über Hubert Aiwanger um die Ohren

MARTINA MECKELEIN

Am 26. August 2023 veröffentlicht die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) unter der Überschrift „Das Auschwitz-Pamphlet“ einen Artikel über den stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Der Artikel behauptet, daß Aiwanger als 17-jähriger Gymnasiast ein rechtsextremistisches Flugblatt verfaßt habe. Die Zeitung stützt sich dabei auf Aussagen von „rund zwei Dutzend Personen“. Die Geschichte schlägt ein wie eine Bombe. Denn am 8. Oktober, in knapp sechs Wochen, wählen 9,4 Millionen Bürger den 19. Bayerischen Landtag. Und der konservative Aiwanger ist beliebt. Soll damit in die Wählerentscheidung eingegriffen werden? Die Berichterstattung hat allerdings einen Kardinalfehler: Der Kernvorwurf ist, wie sich herausstellte, falsch. „Das Papier ist im Schuljahr 1987/88 am Burkhardt-Gymnasium in Mallersdorf-Pfaffenberg auf-

getaucht, Niederbayern“, berichtet die SZ. „Hier ist Hubert Aiwanger zur Schule gegangen, hier in der Nähe ist er groß geworden, hier hat die SS jüdische KZ-Häftlinge auf Todesmärsche getrieben.“ Im Schuljahr 1987/88 habe das Gymnasium an einem Erinnerungswettbewerb „Deutsche Geschichte“ teilgenommen. „Hubert Aiwanger, der Elftkläßler, strafmündig, bald volljährig, soll sein eigenes Preisausschreiben erfunden haben, antisemitische Phantasien. Das Flugblatt, ein Papier aus der Vergangenheit, das womöglich eine Linie ins Heute zieht.“

## Mehrere Mängel bei der Beachtung der Sorgfaltspflicht

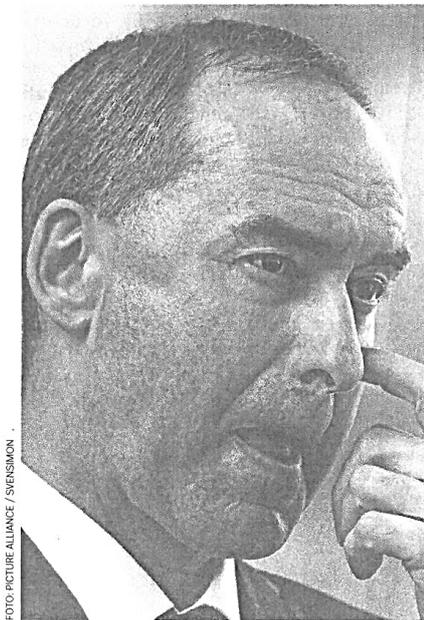
Bei dem Text handelt es sich um eine sogenannte Verdachtsberichterstattung. Der Gesetzgeber koppelt diese an sehr strenge Anforderungen: Der Inhalt der beschriebenen Gerüchte und Indizien muß so brisant sein, daß die Öffentlichkeit ein berechtigtes Informationsinteresse hat. Die Krux liegt allerdings darin, daß der Betroffene durch die Berichterstattung vorverurteilt werden könnte. In der Recherche muß der Journalist deshalb seinen Sorgfaltspflichten nachkommen und klar benennen, daß es sich ausschließlich um einen Verdacht handelt. Mehrere Quellen müssen Grundlage der Vorwürfe sein. Zwingend muß eine Stellungnahme des Betroffenen eingeholt und veröffentlicht werden. Im Text selbst darf nicht vorverurteilt werden. Wer sich den hinter einer Bezahlschranke liegenden Artikel, seine Aufmachung und die Formulierungen anschaut, stellt sich allerdings die Frage nach der Einhaltung der Sorgfaltspflichten durch die SZ. Das Layout wirkt düster. Die Fotos zeigen Aiwanger mit verkniffenem Mund oder Bierhumpen in der Hand. Die Beschreibung seiner Persönlichkeit ist animalisch bis brutal: „Er krepelt die Ärmel hoch, wie ein Metzger, der gleich die Sau zerlegt.“ Ist das vorverurteilend? Eine die Anschuldigungen zurückweisende Stellungnahme wurde zwar eingeholt, allerdings hinter die Bezahlschranke verbannt. Medienrechtler wie Carsten Brennecke (auf X) oder Joachim Steinhöfel (bei *Bild*) kritisierten das scharf. Die verschiedenen Quellen, sprich Mitschüler und Lehrer wollten nicht mit Namen zitiert werden. Damit ist die Beweislage dünn.

Als Aiwangers Bruder einen Tag später zugibt, das Flugblatt verfaßt zu haben, bricht der Vorwurf der SZ zusammen. Und es gibt weitere Kritik an der SZ-Berichterstattung. Der Historiker Michael Wolfssohn beurteilt den Text des Flugblattes in einem *Bild*-Kommentar als „menschenverachtend“, aber eben nicht, wie die SZ behauptet, als „antisemitisch“. Als Jude, schreibt Wolfssohn, wehre er sich dagegen, daß Denunzianten Juden für ihre tagespolitischen Zwecke mißbrauchten. „Kurz vor

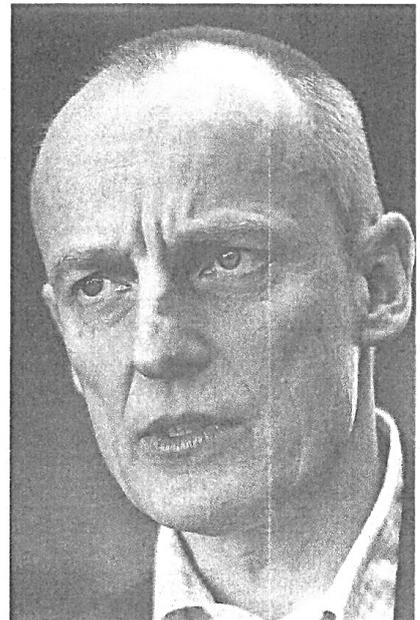
den Wahlen in Bayern wollen sie den konservativen Aiwanger und seine Freien Wähler als Nazis und, daraus abgeleitet, Antisemiten abstempeln. Wer konservativ mit 'Nazi' und 'Antisemit' gleichsetzt, ist ahnungslos und verleumderisch.“

Der nicht als konservativer Sympathisant bekannte Medienjournalist Stefan Niggemeier weist auf *Übermedien* auf folgendes hin: „Der SZ-Artikel hatte zweifellos die Wirkung, daß der zentrale Verdacht, Aiwanger habe ein antisemitisches Pamphlet verfaßt, trotz diverser Fragezeichen im Text von vielen als Tatsache verbreitet wurde.“ Niggemeier führt als Beispiel die SPD-Politikerin Sawwan Chebli an. Diese hatte getwittert: „Als Schüler verfaßte Aiwanger ein antisemitisches Flugblatt, das alles überschreitet, was man für möglich gehalten hat.“ Den Tweet löschte sie später. Niggemeier macht auf einen weiteren presserechtlichen Aspekt aufmerksam: Durfte die Zeitung „angesichts der Beweislage und der Tatsache, daß der umstrittene Vorfall Jahrzehnte zurückliegt“, überhaupt über den Verdacht berichten?

Das alles ficht die SZ nicht an. In einem Kommentar schreibt Chefredakteur Wolfgang Krach: „Aiwanger hat die Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit selbst gestiftet und Vertrauen zerstört – ob er das Flugblatt nun verfaßt hat oder nicht. Auf die Urheberschaft kommt es nicht mehr an, der Rest ist schon schrecklich genug.“



Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger



SZ-Chefredakteur Wolfgang Krach

FOTO REUTERS

Fachkräfte werden in der Regel auf deutschen Baustellen gut bezahlt. Viele Bauunternehmer halten ein geplantes Tariftreugesetz für überflüssig.

# „Ein neues Bürokratiemonster trampelt auf die Bauwirtschaft zu“

## Mittelstand fordert Einstampfen des geplanten Tariftreugesetzes des Bundes

**DBU/ Berlin – Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will noch 2023 ein bundesweit geltendes Tariftreugesetz auf den Weg zu bringen. Demnach soll der Bund künftig nur noch Aufträge an Unternehmen vergeben, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Die mittelständische Bauwirtschaft läuft Sturm gegen das Vorhaben, weil es insbesondere kleinere Bauunternehmen benachteiligt.**

Nach dem im Handelsblatt im Detail vorgestellten Referententwurf des Tariftreugesetzes sollen öffentliche Aufträge des Bundes nur noch bei Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrags vergeben werden. Die Auftragsschwelle liegt dann künftig bei 10.000 Euro. Das bedeutet jeder kleinere öffentliche Bauauftrag fällt darunter.

Die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen (BVMB) bringt das auf: „Das nächste Bürokratiemonster trampelt auf uns zu“, reagiert BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka. Nach dem Ärger von Gewerkschaften und SPD über den jüngsten, aus ihrer Sicht zu niedrigen Beschluss der Mindestlohnkommission wolle Heil sich nun umso mehr für die neuen Vergaberegeln ins Zeug zu legen. Das sei Lobbyarbeit für die Gewerkschaften, ärgert sich der Interessenvertreter kleinerer und mittelgroßer Bauunternehmen. Für die Bauunternehmen, die momentan ohnehin schon schwer un-

ter der sich verschärfenden Branchenkrise zu leiden hätten, würde das mit zusätzlichen Nachweis- und Kontrollaufgaben einhergehen. Zudem bestehe aktuell mit dem immer mehr um sich greifenden Fachkräftemangel ohnehin keine Gefahr, dass Betriebe ihren Mitarbeitern zu wenig zahlen.

Gilka kritisiert das Gesetzesvorhaben als „blinden Aktionismus“, der mit dem praktischen Leben in der Wirtschaft nichts mehr zu tun habe. Dabei will sich der BVMB-Geschäftsführer dennoch nicht falsch verstanden wissen. Er erkennt die „durchaus legitimen Ziele“ des Bundesarbeitsministers an. Die Umsetzung per Gesetz hält Gilka jedoch zurzeit für „komplett neben der Lebenswirklichkeit“. Der

Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe sei ohnehin allgemeinverbindlich und von allen Bauunternehmen anzuwenden. Das müsse aktuell doch reichen.

Die Bauunternehmen hätten zurzeit vor allem auch damit zu kämpfen, Fachkräfte in ausreichender Zahl für den eigenen Betrieb rekrutieren zu können. „Es kann sich doch aktuell ohnehin kein Unternehmen mehr leisten, sein Personal schlecht zu bezahlen, weil es dann die wenigen Fachkräfte an Mitbewerber verliert“, so Gilka. Außerdem seien die Unternehmen auch gar nicht in der Lage, ihr Personal gegen günsti-

geres Personal auszutauschen. Das gelte ebenso für die Arbeitsbedingungen, wie etwa die genannten Pausenzeiten. Das nun auch noch per Gesetz vorzuschreiben, sieht der BVMB-Hauptgeschäftsführer als „Auswuchs der bekannten Regelungswut“ der Ampelkoalition. Die BVMB fordert daher, dass „dieses Gesetzesvorhaben wieder eingestampft wird, bevor es überhaupt in die konkrete Umsetzung geht“. Mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und einer vollumfänglichen Generalunternehmerhaftung gebe es zudem bereits seit langer Zeit genügend Instrumente, um Lohndumping und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft zu unterbinden.

Der Baumittelstand ist mit seiner vernichtenden Kritik am Entwurf des Tariftreugesetzes nicht alleine. Große Teile der deutschen Wirtschaft sorgen sich um die knapper werdenden öffentlichen Aufträge. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ attackierte Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das „Projekt Tariftreugesetz“. Es sei „ein untauglicher und obendrein verfassungswidriger Versuch, Tarifverträge als Instrument zur Gestaltung der Arbeitswelt zu stärken“ wird Dulger zitiert. „Tarifanwendung durch Zwang“ habe nichts mit Tarifautonomie zu tun. Es stärke auch nicht die Fähigkeit der Sozialpartner, mehr Beschäftigte und Betriebe für Tarifverträge zu gewinnen, sagte Dulger. jz

Mehr → Seite 4



Hubertus Heil (SPD)

*Bau Zeitung Sept 23*  
**400 zusätzliche Büros fürs Kanzleramt trotz Homeoffice**

Steuerzahler fordern Stopp der Erweiterungspläne - Lindner sagt Neubau des Finanzministeriums ab

**DBU/Berlin** – Während viele Steuerzahler dank höherer Abzüge für Kranken- und Pflegeversicherung erneut weniger Netto vom Brutto in der Tasche haben, sieht Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) keinen Grund, den Gürtel beim Erweiterungsbau seines Kanzleramts etwas enger zu schnallen. Bereits jetzt ist der Gebäudekomplex größer als das Weiße Haus in Washington.

Wegen der rasant steigenden Baupreise könnte der Erweiterungsbau inklusive Tunnel unter der Spree hindurch sogar am Ende mehr als eine Milliarde Euro kosten. Denn Experten gehen davon aus, dass die für den Bau veranschlagten 777 Millionen Euro bis 2028 nie und nimmer ausreichen, um das Bauprojekt zu finanzieren. Unter anderem sollen 400 neue Büros untergebracht werden, auch wenn die Homeoffice-Regelung gerade bei Regierungs-

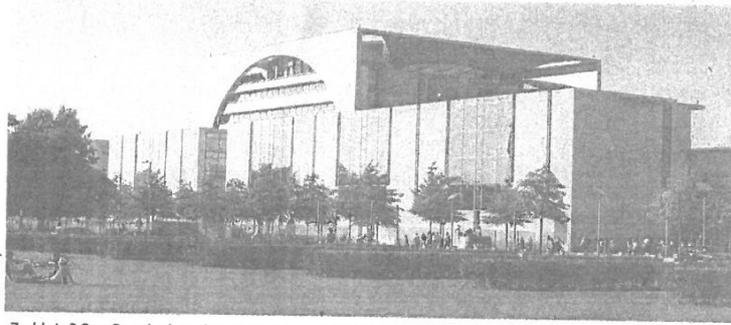


Foto: Proshay

Zu klein? Das Bundeskanzleramt soll um 400 Büros erweitert werden.

beamten auch nach den Corona-Restriktionen weiterhin noch sehr großzügig ausgelegt wird und der Bedarf bei Experten umstritten ist.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert das geplante „doppelte Kanzleramt“ seit zwei Jahren vehement: „Es wirkt wie aus der Zeit gefallen – angesichts hoher Schulden, einer lahmen Konjunktur und

anhaltender Hochinflation“, sagt sein Präsident, Rainer Holznagel. Er fordert nicht nur einen Stopp der Baupläne, sondern auch einen Stopp des ständigen kostspieligen Personalzuwachses im Kanzleramt sowie in den Bundesministerien. Dem soll durch mehr Effektivität – zum Beispiel durch Digitalisierung – entgegengewirkt werden.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), scheint da die Warnrufe der Steuerzahler und der Wirtschaft ernster zu nehmen als der Kanzler. In jedem Fall, was die Erweiterungspläne für sein Ministerium angeht. So hat Lindner das 600 bis 800 Millionen Euro teure Bauprojekt (Start sollte 2025 sein) nach einer Überprüfung kurzerhand gestoppt. „Durch das mobile Arbeiten hat sich der Bedarf an Bürofläche vermindert“, twitterte das Bundesfinanzministerium.

Da wundert sich sprichwörtlich der Laie und der Fachmann staunt. Regieren Scholz und Lindner in unterschiedlichen Sphären oder gehören sie derselben Bundesregierung an? Vielleicht sollte der Finanzminister noch einmal seinem Chef ins Gewissen reden. Dann klappt's vielleicht auch wieder mit der Schuldenbremse. **Jasch Zacharias**

# Moralisch Weltspitze, aber voller Illusionen – ein Sittenbild der bunten deutschen Republik

Man kratzt sich am Kopf. War Deutschland nicht eben noch das beliebteste Land der Welt, beneideter Exportweltmeister und begehrter Investitionsstandort mit einer funktionierenden Verwaltung und bestens ausgebildeten Fachkräften? Der Dreiklang aus Demokratie, Marktwirtschaft und einer Arbeitsdisziplin, die im Rest der Welt zugleich gefürchtet und belächelt wird, hat den Ruf »Made in Germany« zum Weltkulturerbe gemacht. Trotz aller Krisen galten die 16 Merkel-Jahre als goldene Epoche von Wachstum und pragmatischer Staatsführung im Zeichen der Raute. Ruhe war oberste Bürgerpflicht. Motto: »Wir schaffen das.«

Knapp zwei Jahre später zeigt sich jedoch das wahre Erbe der Ex-Kanzlerin, die das Land in einen nachhaltigen Dämmerzustand versetzt hat: Die Realität schlägt mit Macht zurück, ob bei der verteidigungsunfähigen Bundeswehr oder der verfehlten Energiepolitik, ob in Sachen Migration und Integration, Digitalisierung, Bildung oder Wohnungsbau. Im Land fehlt es buchstäblich an allem, besonders die tragende Mitte der Gesellschaft ist betroffen: Krankenschwestern und Pflegekräfte, Lehrer und Sozialarbeiter, Busfahrer, Handwerker, Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Soldaten, also allesamt systemrelevante Berufe.

Leider gehört auch Humor zur Mangelware in der Ampel-Republik, denn Ironie passt nicht zur woken, politisch korrekten, achtsamen, diversen und nachhaltigen Gesellschaft, die niemanden zurücklassen will und eben deshalb nicht vorwärtskommt.

Die Autoren beobachten, protokollieren und resümieren mit viel Humor und Liebe zum Detail, was in diesem merkwürdigen Land vorgeht und viele Zeitgenossen ratlos oder wütend zurücklässt: einen großwahn sinnigen Moralismus, realitätsferne Illusionen, strukturell schlechte Laune und Angst vor der Freiheit.

**»Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft.«**

OSKAR PANIZZA, Psychiater und Schriftsteller

